



Breslauer Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 15 Sgr. — Inscriptionsgebühr für den Raum einer
jedoch seligen Seite in Heftschrift 2 Sgr.

Nr. 240. Mittag-Ausgabe.

Bierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 26. Mai 1873.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

38. Sitzung des Reichstages. (24. Mai.)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück mit mehreren Commissarien.

Wiederum wird vom Reichstag die Ermächtigung nachgesucht, eine Zeitung, die ihn beleidigt haben soll, und zwar eine bairische (ihre Namen wird nicht genannt) strafrechtlich zu verfolgen. Die Sache wird wie immer an die Geschäftsaufnahmen-Commission verwiesen.

Aus der zweiten Beratung des Gelehrtenwurfs über die Kriegsleistungen geht hervor, dass der § 15a, den die freie Commission dem § 15 (die Vergütung für alle nicht ausdrücklich genannten Kriegsleistungen erfolgt nach den am Ort und zur Zeit der Leistung bestehenden Durchschnittspreisen) hinzugefügt hat:

„Die Höhe der vom Reich nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen zu gewährenden Vergütung wird von denjenigen Behörden endgültig festgestellt, welche der Bundesrat hierzu bestimmt. — Soweit in diesem Gesetz nicht anderweitige Bestimmung getroffen ist, erfolgt die Festsetzung der Vergütung auf Grund sachverständiger Schätzung. Das hierbei, insbesondere bei Auswahl der Sachverständigen zu beobachtende Verfahren regelt der Bundesrat. — Bei der Auswahl der Sachverständigen haben die Kreise oder analogen Verbände mitzuwirken. — Die Beteiligten sind zu dem Schätzungsstermin vorzuladen. — Die Kosten des Verfahrens fallen dem Reiche zur Last.“

Statt d. s. schlägt die freie Commission, Abg. v. Winter und Geissel, zwei neue an den Schluss des Gesetzesvorschusses zu sehende §§ 31b. und c. vor: Soweit dieses Gesetz nicht besondere Anordnungen enthält, bestimmt der Bundesrat die Behörden, welche die vom Reiche zu gewährenden Vergütungen feststellen und die bezüglichen Anerkennungen ertheilen. Die Festsetzung der Vergütung erfolgt in allen Fällen, in welchen dieses Gesetz nichts Anderes vorschreibt, auf Grund sachverständiger Schätzung. Bei der Auswahl der Sachverständigen haben die Vertretungen der Kreise oder gleichartigen Verbände mitzuwirken. Die Beteiligten sind zum Schätzungsstermin vorzuladen. Die Kosten fallen dem Reiche zur Last. Im Uebrigen wird das von den gebildeten Behörden zu beobachtende Verfahren, insbesondere der etwa einzuholende Instanzenzug, vom Bundesrat angeordnet.

Der § 31c. handelt vom Rechtswege bei Beschwerden gegen das Reich, den die Vorlage der verbündeten Regierungen zu ordnen unterlassen hat. Er verlangt die Entscheidung von Rechtsanwältern gegen das Reich durch einen Verwaltungsgerichtshof und soll, bis ein solcher eingesetzt ist, der Rechtsweg mit folgenden Maßgaben statthaben: zuständig sind die Landesgerichte, in deren Bezirk der streitige Anspruch zu erfüllen ist, oder die Feststellungsbhörde ihren Sitz hat, in höchster Instanz das Oberlandesgericht. Beizüglich der Feststellungen der Verwaltungsbhörden bleibt der Rechtsweg, oder wie Abg. v. Stauffenberg diesen Gedanken sieht, über die Frage, ob die Militärbehörde nicht für die Bezahlung der Bedürfnisse anderweitig sorgen konnte, ist die richterliche Entscheidung ausgeschlossen.

Die sachverständige Schätzung soll nach dem Vorschlag der freien Commission einer Aufsicht im Rechtswege nur insofern unterliegen, als wesentliche Mängel des Schätzungsverfahrens dargelegt werden.

Abg. v. Bedlyz beantragt auch diese Aussetzung nicht zuzulassen.

Nach dem Antrage des Abg. Grumbrecht dagegen soll die Berüfung gegen den Beschluss der Feststellungsbehörde innerhalb 3 Wochen nach dessen Zustellung entweder an die durch den Bundesrat bestimmte Behörde oder auf den Rechtsweg recuriren. Die erste Instanz soll im lehren Fall das kompetente Gericht am Sitz der Feststellungsbehörde sein, die zweite das Oberlandesgericht.

Bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung der Frage bietet Abg. Dr. Bähr, der den Verwaltungsgerichtshof der freien Commission in jedem Falle befiehlt, einen Vorschlag an, nach welchem für Ausprüche an den betreffenden Einzelstaat verfolgt werden würden. Aber dieser Antrag erlebt so manngische Schwäle, er wird zurückgeworfen, wieder aufgenommen, der Correcrator von Seiten der eigenen Freunde für bedrängt erklärt und schließlich vom Abg. v. Bernuth in eine neue Form hineinredigiert, dass wir nur auf diese seine lezte Gestalt, in der er auch vom Hause angenommen wird, verweisen können (s. u.).

Nachdem zunächst die Abga. v. Stauffenberg und Grumbrecht ihre Vorschläge umständlich mittheilt haben, verlangt das Wort

Präsident Delbrück: Sie werden von mir nicht erwarten, dass ich im Namen der verbündeten Regierungen eine bestimmte Erklärung abgebe; ich fühle nur den lebhaften Wunsch, wenigstens nach meinen schwachen Kräften das Meiste dazu beizutragen, um das Zustandekommen dieses wichtigen Gesetzes zu sichern. Die Vorschläge gehen sämtlich davon aus, festzulegen, ob und in welchen Fällen der Rechtsweg gegen das Reich der Particulargerichtsbarkeit zu überlassen ist. Hätten wir in jedem Falle einen Krieg und käme das Gesetz in jedem Jahre zur Anwendung, so wäre allerdings eine baldige Regelung zu wünschen und sogar nothwendig. Glücklicher Weise ist dies nicht der Fall, dieses Gesetz wird hoffentlich recht lange Zeit nicht zur Anwendung kommen. Wäre die Regelung der Frage leicht, so würde man auch bei einer nicht besonders lebhaften Dringlichkeit kein Bedenken dagegen haben. Indessen die verschiedenen Anträge und Ammendements geben schon den Beweis, dass diese Regelung keineswegs leicht ist. Ich beschränke mich auf diese Bemerkungen, damit nicht durch das Hineinziehen einer von der Regierung nicht berührten und äußerst schwierigen Materie die Verständigung über das ganze Gesetz ein unübersteigliches Hindernis finde.

Abg. v. Bedlyz-Neukirch will durch sein Ammendment den bisherigen Zustand aufrecht erhalten, nach welchem eine Schätzung von Sachverständigen im Rechtswege nicht angegriffen werden darf.

Abg. Hölder empfiehlt die Vorschläge der freien Commission, deren Mitglied er war, sehr dringlich. Er hofft zwar auch, dass ein Krieg nicht so bald ausbrechen wird, aber wenn einmal ein Gesetz über Kriegsleistungen gegeben wird, so müssen auch Bestimmungen in demselben enthalten sein, wie im Rechtswege verfahren werden soll. Vor Allem muss die Verschiedenheit der Vorschriften aufgehoben und die Einheitlichkeit des Rechtsweges geschaffen und gesichert werden. Wenn man gegen einen Verwaltungsgerichtshof vielleicht das Bedenken hat, dass er nicht unabhängig genug sei, so könnten dagegen sehr wohl die nötigen Vorsichtsmassregeln getroffen werden.

Abg. Lasker hat sich eigentlich gar nicht in diese Debatte mischen wollen, aber die Neuferierung des Präsidenten Delbrück, dessen Besorgniß bezüglich des Zustandekommens des Gesetzes er übrigens durchaus nicht weist, nöthigt ihn doch zu bemerken, dass die angeregte Frage viel zu compliziert ist, um jetzt schon definitiv entschieden zu werden. Beweis dafür ist das Auseinandergehen aller bisher zum Ausdruck gelangten Meinungen, die zur Ueberinstimmung zu bringen keine Aussicht vorhanden ist. Für jedes einzelne neu auftauchende Bedürfnis einen besonderen Rechtsweg schaffen, führt geradezu in die Rechtsanarchie hinein; in Preußen existieren ungefähr dreißig verschiedene Rechtsverfahren, so dass selbst geübte Juristen sich nicht immer zurecht finden. In der Sache empfiehlt es sich sehr wohl im Sinne der Commission eine Reichsbhörde und ein gemeinsames Verfahren zu schaffen. Aber da hoffentlich zwischen heute und dem nächsten Jahre ein Krieg nicht zu führen ist, so wird eine provisorische Maßregel genügen und kann der Reichsregierung die Initiative zur definitiven Regelung überlassen bleiben; einstweilen genügt der Antrag Bähr, der wohl verdiente wieder aufgenommen und angemessen redigirt zu werden.

Abg. Meyer (Thorn) theilt die Auffassung Laskers und glaubt, dass nur ein geringer Aufwand von Geduld dazu geboten wird, um in sehr ablesbarer Zeit die Möglichkeit eines einheitlich geordneten Rechtsweges zu gewinnen, nämlich dann, wenn das gemeinsame Gerichtsverfahren und die Gerichtsorganisation zu Stande gekommen sind.

In ähnlichem Sinn äußert sich von Heldorff und schließlich trifft Abg. v. Bernuth die wahre Stimmung des Hauses, das sich durch vielfach verschlungene, hier nicht gut zu wiederholende Debatten immer stärker von der Schwierigkeit überzeugt den Rechtsweg in der Frage der Kriegsleistungen schon jetzt aus der Initiative des Reichstages und gar durch

Schöpfung eines besonderen Verwaltungsgerichtshofes zu ordnen, indem er an die Stelle des § 31c. folgende aus der Bearbeitung des Bähr'schen Antrages entstandene Fassung steht: „Bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung gelten in Bezug auf die Zulässigkeit des Rechtsweges und den Gerichtsstand für Klagen, welche gegen das Reich auf Grund dieses Gesetzes erhoben, dieselben Vorschriften, welche für den Bundesstaat, in dessen Gebiet die Ansprüche zu erfüllen sind oder in dessen Gebiet die zur Vertretung des Reiches beruhende höchste Reichsbörde ihren Sitz hat, maßgebend sein würden, wenn die nämlichen Ansprüche gegen ihn zu richten wären.“

An Stelle des § 15a wird also der § 31b der freien Commission und § 31c nach dem Vorschlag v. Bernuth's mit sehr großer Mehrheit genehmigt. Gegen den letzteren stimmt nur die Fortschrittspartei. Damit sind alle übrigen Ammendements besiegt und ist die zweite Beratung des Gesetzes über die Kriegsleistungen beendigt.

Es folgen Petitionen. Die Petition des bei Missunde verwundeten Musketier der vormaligen Schleswig-Holsteinischen Armee Christian Först zu Preußen in Holstein wegen Gewindung von Verwundungszulage wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Rath und die Stadtverordneten zu Dresden wünschen, dass der Reichstag die alljährliche Feier eines deutschen Nationalfestes veranlaße. Gleichfalls verlangt der Pastor C. Pfaff zu Osterbrück (Hannover) die Veranstellung eines jährlichen National-, Volks- und Kirchenfestes. Beide Petitionen motivieren ihre Petition mit der Gründung des neuen deutschen Reiches und aus Dank gegen Gottes Fügung.

Dr. Malzahn-Gülz empfiehlt den Antrag der Commission: In Erwähnung, dass der Reichstag zwar den Wunsch der Petenten für gerechtfertigt hält, doch aber die Anordnung eines solchen Festes durch die Reichsregierung nicht als angemessen erscheint, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die wiederholt zuletzt ausführlich im Abgeordnetenhaus erörterte Petition des vormaligen Münzmeisters Anderson von der früheren Münze in Altona um die Bewilligung des rechtmäßigen Gehörs für die gerichtliche Geltendmachung eines privatrechtlichen Guthabens bei der königlich preußischen Staatskasse aus dem Titel einer vertragsmäßig festgestellten Entschädigung. Referent Mayer befürwortet den Antrag der Commission: die Aufforderung an den Reichskanzler zu richten, dass er den Bundesrat veranlasse, über den Beschluss des Reichstags vom 5. Juni 1872 (wegen Überweisung derselben Petition zur Berücksichtigung) zu befinden und seinen Beschluss zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.

Abg. v. Dörrberg beantragt Übergang zur Tagesordnung. Die Commissarien Starke, v. Möller und Röder führen aus: der Anspruch des Petenten sei kein kluger gewesen und die preußische Regierung habe ihn nach sorgfältiger Prüfung auch sonst nicht begründet halten können. Aus diesen Gründen sei über denselben mit landschärflicher am 1. Juni 1867 ertheilten Autorisation im Rechtsverfahren ablehnend enthielt. Diese Administrativ-Entscheidung sei nach dem damals in Holstein geltenden Rechte eine schlichte, und die preußische Staatsregierung habe sich weber berechtigt noch für verpflichtet halten können im Widerspruch mit den hinsichtlich solcher Ansprüche durch die Gesetze vom 24. Mai 1861 und 16. September 1867 zur Geltung gelangten Grundsätze, über diese definitive Entscheidung ein gerichtliches Verfahren zuzulassen. Ihre ablehnende Haltung entspreche dem für die Beurteilung des vorliegenden Falls geltenden Rechte; von einer Justizverweigerung im Sinne des Art. 77 der Reichsverfassung thöne daher überall nicht die Rede sein.

Nach Befürwortung des Antrags der Commission von Seiten der Abg. Banks, Bähr, Lorenzen und dem Referenten wird der Antrag Dörrbergs abgelehnt und der Commissarien-Antrag angenommen.

Der pensionierte Unteroffizier Hugo Wittmeyer bittet um Gewährung der ihm neuerdings entzogenen Verhältnisszulage von 6 Thlr. monatlich.

Derselbe diente als Einjährig-Freiwilliger im 67. Infanterie-Regiment und wurde im Gefecht bei Pérouse am 21. Januar 1871 durch einen Schuß in das Knie verwundet, so dass er ein steifes — (gerade gehieltes) — Bein behalten hat.

Abg. Banks führt aus, dass ein steif gebliebenes Bein denselben Grad der Invalidität herbeiführt wie der Verlust des Beins, während ein steif gebliebener Arm die Beweglichkeit der Hand gar nicht affiziert und daher die Erwerbsfähigkeit des Beschädigten nicht in gleicher Weise beeinträchtigt. Ein militärischer Commissar am Tische des Bundesrates erwidert darauf, dass das Gesetz diese Unterscheidung nicht lenne; gleichwohl genehmigt das Haus den Antrag seiner Commission, die Petition dem Reichskanzler mit dem Antrage zu üre reichen, eine nochmalige Prüfung der Ansprüche des Petenten auf Auszahlung der Pension und Pensionszulage für die Monate November und December 1871 und Januar 1872 an Stelle des ihm gezahlten Militär-Gehaltes durch das preußische Kriegsministerium und, falls dieselbe nicht neue Momente ergiebt, die Nachzahlung der Differenz veranlassen zu wollen.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Erste Beratung des Reichshaushaltsetats für 1874 mit allen daraus bezüglichen Finanzvorlagen und dem Antrage auf Aufhebung der Eisenzölle.)

Berlin, 24. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Großherzoglich böhmischem Ober-Stallmeister von Holzing den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse; dem bisherigen Conful des Deutschen Reichs, Kaufmann Stahlknecht zu Singapore, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse und dem Kanzleidienrich Voß bei der Kaiserlich deutschen Gesandtschaft in Stockholm das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Professor und Gymnasial-Oberlehrer Neudecker zu Posen und dem Pfarrer und Landdechanten Kreuzwald zu Gladbach, Kreis Düren, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Polizei-Inspector Kirsten zu Erfurt den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schulzen Jellwock zu Meyenburg, Kreis Angermünde, und dem Gerichtsboten und Gefutor Heinrich zu Herrnsdorf, Kreis Gubrau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der bisherige Königliche Bau-Inspector Wilhelm August Albrecht in Oppeln ist zum Königlichen Ober-Bau-Inspector ernannt und als solcher der Königlich Landdrostei zu Hannover übertragen worden. — Dem Advocate Siemers in Hannover ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Syke gestattet und zugleich ist derselbe zum Notar für den Ober-Gerichtsbezirk Nienburg, mit Anweitung seines Wohnsitzes in Syke, ernannt worden. Dem Ingenieur Adolph Ernst zu Berlin ist unter dem 21. Mai d. J. ein Patent auf einen Maischklappararat in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammensetzung und ohne Jemanden in Aussicht stehender Theile desselben zu beschränken, auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Der „D. Reichs-Anz.“ enthält folgende zwei Bekanntmachungen:

I. Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung des Deutschen Reiches ist von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, Könige von Preußen an Stelle des Oberpräsidenten Guenther der Wirkliche Geheimer Ober-Finanzrath und Director im Finanzministerium Meinecke zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden.

Berlin, den 20. Mai 1873.

Der Reichskanzler.

Fürst von Bismarck.

II. Auf Grund der Bestimmung im § 3 des Gesetzes, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, vom 4. Juli 1872 (Reichsgesetzblatt Seite 253) hat der Bundesrat beschlossen, dass beabsichtiger Ausführung dieses Gesetzes nachfolgende Genossenschaften

die Congregation der Redemptoristen (Congregatio Sacerdotum sub titulo Sanctissimi Redemptoris),
die Congregation der Lazaristen (Congregatio Missionis),
die Congregation der Priester vom heiligen Geiste (Congregatio Sancti Spiritus sub tutela immaculati cordis Beatae Virginis Mariae),
die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu (Societas du sacre coeur de Jésus).

als im Sinne des gedachten Reichsgesetzes mit dem Orden der Gesellschaft Jesu verbandt anzusehen seien und demzufolge die in der Bekanntmachung

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Berlin, den 20. Mai 1873.

Der Reichskanzler.

Fürst von Bismarck.

Berlin, 24. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute um 11 Uhr den Stadt-Commandanten sowie den General der Infanterie v. Olzech und arbeitete alsdann mit dem Chef des Militär-Cabinets. Um 1 Uhr ließ sich Allerhöchstes vom Geheimen Cabinet-Chef v. Wilmowski Vortrag halten, conserire später mit dem Reichskanzler und empfing kurz vor dem Diner den Chef der Admiralität, General v. Stosch. Um 5 Uhr fand im königl. Palais zu Ehren des Geburtstages der Königin von Großbritannien und Irland ein großes Diner statt. (Reichskanzler.)

○ Berlin, 24. Mai. [Keine Herbstsession. — Der Antrag des bairischen Ministers. — Diplomatisches.] Vielen anderthalb Stunden Mittelstunden gegenüber glaube ich im Stande zu sein, mit ziemlicher Gewissheit versichern zu können, dass an eine Herbstsession des Reichstages nicht gedacht wird. Hat man doch gar keine Garantie dafür, dass eine neue Session im Herbst auf die Dauer beschlussfähig sein würde als die jetzige, wozu noch kommt, dass man doch auf die verschiedenen einzischen Landtage, welche in jener Zeit zusammen treten, Rücksicht zu nehmen hat. — Bekanntlich hat der bairische Minister Dr. Fäustle einen Antrag beim Bundesrat gestellt, bezüglich der vorbereitenden Einleitungen zu den legislativen Vorlagen, von denen der Antragsteller wünscht, dass sie nicht immer nur bei Preußen zur Erledigung kommen, sondern auch andere Bundesregierungen zugehen sollten. Dieser Antrag findet in der Presse merkwürdiger Weise nicht diejenige Würdigung, welche er verdient. Er wird in hiesigen maßgebenden Kreisen als ein sich durchaus im nationalen Sinne bewegender betrachtet; doch aber könnte er, falls er angenommen würde, nur dann eine praktische Wirkung haben, wenn von den einzelnen Bundesregierungen Fürsorge getroffen würde, dass auch stets die entsprechenden Organe zur Mitwirkung hier vorhanden wären. — Gegenüber gewissen Institutionen, welche von einem Geltendmachen des deutschen Einflusses auf die Orientfragen sprechen, können wir auf das Bestimmteste versichern, dass alle deutschen Agenten im Orient, sowohl die Consuln als die diplomatischen Vertreter, die positive Anerkennung haben, sich aller deutschen Interessen, der großen gemeinsamen, wie der persönlichen privaten, auf das Allerhöchstes annehmen und für die Interessen der Deutschen mit allen Mitteln zu sorgen und für sie einzutreten, welche das Völkerrecht ihnen zur Verfügung stellt; dagegen von aller Einmischung in die inneren Fragen des Orients fern zu bleiben und sich gegenüber nur scharf beobachtend zu erhalten.

[Preußische Bank.] Das Königliche Haupt-Bank-Direktorium macht folgendes bekannt:
Bei der Königlichen Haupt-Bank in Berlin ist neben der schon bestehenden Depot-Einrichtung für verschlossene Pakete jetzt noch ein besonderes Comptoir eingerichtet und heute eröffnet, in welchem Wertpapiere aller Art, auch ausländische und nicht vollgezahlte, desgleichen Hypotheken-Dokumente, offen in Verwahrung gegeben werden können.

I. Die Preußische Bank übernimmt für die sichere und getreue Aufbewahrung der ihr offen übergebenen Papiere die volle Gewähr und außerdem die Verpflichtung:
1) die Hypothekeninstitute von den Schulnern in der Haupt-Bank-Kasse in Empfang zu nehmen resp. die zu den Papieren gehörigen Coupons und Dividenden-Scheine, wenn sie in Berlin zahlbar sind oder dasselbe zu einem festen Course in preußischer oder Reichswährung eingelöst werden, an den Fälligkeitsterminen einzuziehen, andernfalls dieselben an der Berliner Börse zu verkaufen;

2) auf Verlangen des Deponenten die in dem Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staatsanzeiger während der Dauer der Aufbewahrung erscheinenden Ziehungss- und Verlosungs-Listen nachsehen zu lassen und die danach gegebenen Nummern des Deponenten an den festgelegten Terminen zur Einlösung zu präsentieren oder dieselben, wenn sie in Berlin zu einem festen Course in preuß

beschloß, in allen Wahlbezirken besondere Kandidaten aufzustellen und genehmigte, daß seitens des provisorischen Centraleomite von Ausstellung eines besonderen Programmes abgesehen wurde.

Beimar, 20. Mai. [Kirchliches.] Die nun in Kürze in Aussicht stehenden Wahlen zur ersten Synode, schreibt man dem „Fr. J.“, haben die Anhänger eines liberalen Ausbaues der jungen Synodalverfassung veranlaßt, sich um die Wahlen doch zu kümmern, und es ist deshalb ein Central-Ausschuß gebildet worden, der in kurzen Sätzen ein Programm aufstellt, worauf die zu wählenden Synodal-Abgeordneten hinzuwirken hätten. Dasselbe fordert: „1) der bisherige Charakter unserer Landeskirche, welcher der freien Entwicklung der verschiedenen katholischen Glaubensrichtungen Raum gewahrt, muß erhalten bleiben. 2) In diesem Sinne müssen die den Bekennnisstand der Landeskirche beifindenden Paragraphen der Synodalordnung durch eine Declaration näher bestimmt werden. 3) Die Synodal-Ordnung ist durch Einführung von Diözesan-Synoden zu ergänzen. 4) Die Kirchengemeinde-Ordnung ist einer Revision dringend bedürftig, vor Allem in der Richtung, daß für eine ausreichendere Vertretung der Gemeinden und für Erweiterung der Befugnisse der Gemeindevertretungen, namentlich bei Besitzung von Pfarreien, Sorge getragen wird. (Die beiden letzten Punkte sollen sofort durch Petitionen zu erreichen gesucht werden.) 5) Die Synode muß darauf dringen, daß die Rechte der Kirche innerhalb des Staates sobald als möglich klar bestimmt und gesetzlich festgestellt werden.“

Erlangen, 22. Mai. [Alt-katholisches.] Nachdem der jüngst in Utrecht vom Erzbischofe Voos zum Priester geweihte Geistliche Gaenmetier in München eingetroffen ist, und dort an Stelle des Dr. Hasler die Seelsorge für die Alt-katholiken übernimmt, so wird nach heute eingetroffene Nachrichten der letztere schon Anfangs Juli hierher übersiedeln. (E. L.)

Ö ster r e i ch.

Wien, 24. Mai. [Der König von Belgien] ist in der vergangenen Nacht hier eingetroffen und vom Kaiser am Bahnhofe empfangen worden.

F r a n k r e i ch.

Paris, 23. Mai. [Die Regierung und die Nationalversammlung. — Die Zahlungen an Deutschland. — Eine Klostergeschichte.] Heute Nachmittag beginnt die große Debatte, welche wieder einmal über Frankreichs Schicksal entscheiden soll. Damit Niemand darüber in Zweifel bleibe, was dabei auf den Spiele steht, hat das offizielle „Bien public“ in einer Note ausdrücklich erklärt, daß die Regierung die Interpellation nicht allein als gegen das neue Cabinet, sondern auch als gegen Thiers selbst gerichtet ansiehe, was freilich für Niemanden zweifelhaft war; daß also auch ein Misstrauensvotum der Rücktritt aller Regierungsmitglieder ohne Ausnahme nach sich ziehen werde und eine Meldung der „Presse“, wonach Thiers sich nicht zurückziehen, sondern im Fall einer Niederlage ein Cabinet in der Rechten wählen würde, erhält durch den „Soir“ ein ganz bestimmtes Dementi.

Die Regierung rechnet bestimmter als je auf den Sieg. Die Zahl der Deputierten, welche die Interpellation unterzeichnet haben, ist zwar auf 330 angewachsen, aber diese Ziffer dürfte so ziemlich das Maximum der regierungsfreindlichen Stimmen darstellen. Man rechnet aber darauf, daß mindestens 700 Deputierte an dem Votum teilnehmen werden. Die radikale Partei wird in dieser Angelegenheit natürlich mit den andern Fraktionen der Linken für Thiers stimmen. Zugleich ist, wie schon mehrfach bemerkt, zu erwarten, daß selbst im rechten Centrum und unter den Unternehmern der Interpellation Manchen im letzten Augenblick das Herz in die Schuhe fallen wird, denn es ist ganz einleuchtend, daß die Monarchisten die Regierung nicht übernehmen könnten, wenn sie nicht einschlossen sind, es auf einen Straßenkampf und auf die Wiederholung der Deportationen vom 2. December ankommen zu lassen, wozu denn vielen doch der Mut fehlen möchte. Wie John Lemoine in den „Debats“ richtig bemerkt, haben diese Herren sich bisher eingebildet, daß sie nur an die Gewalt zu kommen brauchten, um den Dingen sofort eine andere Gestalt zu geben, und daß es blos der Einsetzung reactionärer Präfekte, Unterpräfekte und Feldhüter bedürfe, um sofort die Gesinnung des Landes zu einer reactionären zu machen. Es muß ihnen aber allmäßig einleuchten, daß für sie die Möglichkeit, die Gewalt auch nur so lange zu behaupten, bis sie ein neues Verwaltungspersonal eingesetzt hatten, höchst zweifelhaft geworden ist. Bisher schienen alle Combinations der Monarchisten darauf berechnet, die Präsidentenschaft des Herzogs Numale herbeizuführen. Wenn die Führer aber diesen Gedanken gehegt haben, so haben sie ihn jedenfalls aufgegeben. Wie die bonapartistischen Blätter bestätigen, sind die Royalisten auf die Bedingungen eingegangen, an welche die imperialistische Partei ihre Hilfe knüpfte.

Diese Bedingungen bestanden in der Verpflichtung, den Herzog von Numale ganz bei Seite zu lassen und in der Gewährung mindestens eines Ministerposten an die bonapartistische Partei. Lebzigens fehlt es sonst nicht an Anzeichen dafür, daß die Legitimisten dem Herzog v. Numale nicht gewogen sind. Als man am Montag darüber abstimmte, ob Dufaure die constitutionellen Projekte verlesen sollte, erhob sich der Prinz von Joinville jedesmal mit der Rechten, der Herzog von Numale dagegen blieb das erste Mal stumm. Da stehen aber die Legitimisten demnächst ihren Unwillen laut werden, daß v. Numale sich entschlossen müste, bei der zweiten Probe aufzutreten. Das sichtbare Haupt der monarchistischen Verschwörung bleibt der General Changarnier, dem von seiner alten Freundschaft für Thiers so wenig Erinnerung geblieben ist, daß er vor ein paar Tagen in einer Versammlung der Parteigenossen auf Thiers anspielend sagte: „Vor Allem verzessen wir nicht, daß Scopin in allen Spitzberenien wohl erfahren ist.“

Eine Reihe von Blättern berichtet, daß am 26. Mai die Regierung eine neue Abschlagszahlung von 150 Mill. an Deutschland entrichten werde. Dies ist falsch. Die „Debats“ bringen eine offenbar vom Finanzminister inspirierte Meldung, wonach an den im Berliner Verträge festgesetzten Zahlungsfristen (4 Monatsbezüge von je 250 Mill. fällig am 5. Juni, 3. Juli, 5. August und 5. September) nichts geändert ist.

Aus Villa wird von einem unerhörten Falle von Sequestration gemeldet. Eine Fräulein, welche schon ihre 4 Kinder ins Kloster geschickt hat, wollte auch ihre Nichten (von 22 und 19 Jahren) dorthin abstellen. Die Altesten derselben wurde unter einem Vorwand ins Kloster gelockt und von den Schwestern mit Gewalt 10 Tage festgehalten, bis es der Vermittelung eines Verwandten gelang, sie zu befreien. Die Angelegenheit ist vor die Gerichte gebracht.

S p a n i e n.

Madrid, 20. Mai. [Das Ministerium] hat dem Vernehmen nach beschlossen, für die Wahl des Präsidenten der Republik den Weg des Plebiszits vorzuschlagen. Im Grunde wird es, wenigstens was die nächste Wahl betrifft, ziemlich gleichgültig sein, wie der Präsident

wählt wird. Die nicht föderalistischen Parteien werden sich, wie bei den Corteswahlen, der Beiseitung enthalten, und die Föderalisten haben, ob nun der Kongreß oder besondere Wahlmänner oder das sogenannte Volk selbst die Wahl vollziehen, freies Feld für ihren Kandidaten. Die ministeriellen Blätter sprechen sich für Figueras als zukünftigen Präsidenten der Republik aus; vorläufig aber erklärt dieser sein Amt nach dem Zusammentritt der Cortes niederlegen und keine neue Bürde annehmen zu wollen.

[Carlistisches.] Eine neue carlistische Schandhat wurde aus Catalonien gemeldet, wo die von Tristany und Don Alfonso geführte Bande achtzehn Freiwillige, denen bei der Gefangennahme das Leben gesichert worden, erschossen haben soll. Übertriebene Nachrichten sprachen von 50 Erschossenen. Vielleicht ist es gerathen, auch selbst für die gemilderte Angabe noch die genaue Bestätigung abzuwarten. Was man bis jetzt Zuverlässiges weiß, geht aus folgendem Schreiben des Lieutenant Antonio Gonzalez aus Sanahuja vom 18. d. an den Kommandanten von Cervera hervor: „Ich bitte Sie um sofortige Bestätigung. Wir haben einen starken Kugelwechsel mit Tristany gehabt, der uns die ganze Cavallerie abgesangen hat. Die Freiwilligen haben viele Verluste; ihr Hauptmann hat capituliert, aber nur mit wenigen Freiwilligen. Ich habe auf die Aufrückerung zur Übergabe mit einer Salve geantwortet. Die Carlisten werden schweren Verlust haben.“ Die Carlisten scheinen also den Flecken Sanahuja nicht ganz eingenommen zu haben. Die amtliche Zeitung sagt, daß von Tarrega Verstärkung nach Sanahuja abgegangen sei, und als Endergebnis des Kampfes wird mitgetheilt, daß Tristany und Don Alfonso sich nach vierzehnstündigem Kampfe zurückgezogen hätten.

T elegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Versailles, 24. Mai, Abends 7 Uhr 45 Minuten. Nationalversammlung. Da es zur Abstimmung über die von Ernouf beantragte Tagesordnung kam, brachte Broet noch folgende Tagesordnung ein: „Die Versammlung geht zur Tagesordnung über, indem sie den Erklärungen der Regierung vertraut und von derselben eine entschieden conservative Politik erwartet.“ — Die Versammlung sprach sich für die Priorität der Tagesordnung von Ernouf aus. Ein Antrag auf nominelle Abstimmung wurde mit 375 gegen 343 Stimmen abgelehnt und es erfolgte darauf die Annahme des Antrages von Ernouf in gewöhnlicher Abstimmung mit 360 gegen 344 Stimmen. Baragnon erklärt darauf, daß Interesse des Landes erheische, daß die Regierung ihre demnächtigen Entschließungen fundhüe, es möge daher eine Abdankung angezeigt werden, damit die Regierung inzwischen schlüssig werde und die entsprechenden Mithilfungen machen könne. Um 8 Uhr findet Sitzung statt.

24. Mai, Mitternacht. Nationalversammlung. Der Justizminister Dufaure macht die Meldung, daß nach Schluss der heutigen Nachmittagsitzung sämmtliche Minister dem Präsidenten Thiers ihre Entlassung eingereicht hätten, welche vom Präsidenten angenommen sei. Derselbe habe ihm außerdem folgende Botschaft an die Versammlung übergeben: „Herr Präsident! Ich habe die Ehre, der Nationalversammlung meine Demission als Präsident der Republik zu überreichen; es bedarf wohl kaum der Sicherung, daß die Regierung alle ihre Obliegenheiten bis zu dem Augenblick erfüllen wird, wo eine andere Regierung in regelmäßiger Weise an ihre Stelle getreten sein wird. Gez. Thiers. Mitglied der Nationalversammlung.“ Der Präsident der Versammlung Buffet verliest alsdann folgenden Antrag: „In Anbetracht der soeben erfolgten Demission des Herrn Thiers als Präsidenten der Republik beantragen die Unterzeichneten, daß die Versammlung sofort zur Wahl seines Nachfolgers schreite. Gez. Changarnier, Broglie, Delille, Ernouf, Baragnon, Kerdrel u. c.“

Auf Antrag mehrerer Mitglieder der Linken erhebt der Präsident Buffet dem Justizminister Dufaure eine formelle Bestätigung der von ihm überreichten Botschaft. — Nachdem George und Joubert unter lebhaftem Beifall der Linken gegen die Annahme der Demission Thiers gesprochen, verliest der Präsident Buffet einen von zahlreichen Mitgliedern der Linken unterzeichneten Antrag, wonach die Versammlung beschließt, die Demission des Präsidenten der Republik nicht anzunehmen. Der Antrag wird mit 368 gegen 339 Stimmen abgelehnt. Lebhafte tumult. Der Präsident Buffet versucht wiederholt, aber vergeblich, das Wort zu ergreifen. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt ist, wird zur Präsidentenwahl geschritten. Die Wahl ergibt 390 Stimmen für den Marshall Mac Mahon, eine Stimme für Grévy, die übrigen Mitglieder enthielten sich der Abstimmung; Marshall Mac Mahon wird zum Präsidenten der Republik proklamirt. — Präsident Buffet, sowie die übrigen Mitglieder des Bureaus der Versammlung begeben sich zu Mac Mahon, um denselben von dem Besluß der Versammlung in Kenntniß zu setzen. — Die Sitzung dauert fort.

Paris, 25. Mai. Nach Schluss der gestrigen Tagesitzung der Nationalversammlung erließen die Mitglieder der Union républicaine (außerste Linie), 51 an der Zahl, folgendes Manifest: Mitbürger! In der Lage, in welche Frankreich durch die augenblickliche politische Krise versetzt ist, er scheint es durchaus notwendig, daß die öffentliche Ordnung nicht gefördert wird. Wir beschwören Euch Alles zu vermeiden, was Veranlassung geben könnte die Errregung zu steigern. Niemals machte sich mehr die Notwendigkeit geltend, die Ruhe, welche ein Zeichen der Stärke ist, zu bewahren. Bleibt ruhig, es handelt sich um das Wohl Frankreichs und der Republik.

Versailles, 25. Mai, Morgens 12 Uhr 50 Minuten. Nationalversammlung. Der Präsident Buffet macht die Meldung, daß Marshall Mac Mahon nur mit Mühe sich habe bereit finden lassen, die Präsidentenschaft der Republik zu übernehmen. Die gegenwärtigen Minister werden vorläufig noch die Geschäfte fortführen.

Paris, 25. Mai, früh 7 Uhr. Die radikalen Blätter sprechen sich einstimmig dahin aus, daß in der gegenwärtigen Krise mit vollster Ruhe und Achtsamkeit auf den Geistern zu vorsahen sei; die Blätter richten an ihre Parteigenossen ernste Ermahnmungen in diesem Sinne.

Versailles, 25. Mai, Morgens 1 Uhr. Vor dem Gebäude der Nationalversammlung hat sich eine zahlreiche Menschenmenge angeläuft, welche die bei Schluss der Sitzung das Gebäude verlassenden Deputirten mit dem Rufe: „Es lebe Thiers, es lebe die Republik“, empfängt. — Die Menge zog alsdann nach dem Gebäude der Präsidentenschaft, zerstreute sich aber alsbald unter Hochrufen auf Thiers ohne irgend welchen sonstigen Zwischenfall.

Versailles, 25. Mai, früh. Bei Schluss der Abdankung ging dem Präsidenten der Versammlung folgendes Schreiben Mac Mahon's zu: „Meine Herren Repräsentanten! Ich geböcke dem Willen der Nationalversammlung, der Trägerin der Souveränität der Nation, wenn ich das Amt eines Präsidenten der Republik annehme. Eine schwere Verantwortlichkeit wird damit meinem Patriotismus auferlegt, aber unter dem Beistande Gottes werden wir, gesetzt auf die Ergebnisse der Armee, die immer eine Armee des Gesetzes sein wird, und auf die Sympathien aller ehrenlichen Leute, gemeinschaftlich das Werk der

Befreiung unseres Landes und die Wiederherstellung der moralischen Ordnung in unserem Vaterlande vollenden und den inneren Frieden und die Grundsätze, auf welche die Gesellschaft gegründet ist, aufrecht erhalten. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort als ehrlicher Mann und Soldat.“

Paris, 25. Mai. Das „Journal officiel“ enthält die amtliche Bekanntmachung, daß Thiers seine Entlassung von der Nationalversammlung gefordert und diese in Folge dessen den Marshall Mac Mahon zum Präsidenten der Republik gewählt habe, von dem die Wahl angenommen sei. — Der Seine-Prefect Salmon hat seine Demission gegeben.

Auf den Boulevards wurde die 5proc. Rente heute Morgen zu 87, 85 gehandelt.

Paris, 25. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Ein an den Straßen angeschlagenes Rundschreiben des Präsidenten Mac Mahon an die Präfekten lautet: „Durch das Vertrauen der Nationalversammlung bin ich soeben zur Präsidentschaft berufen worden. An den bestehenden Gesetzen und Institutionen wird dadurch nicht das Geringste geändert werden. Ich stehe ein für Aufrechterhaltung der materiellen Ordnung und zähle auf Ihre Wachsamkeit und Ihr patriotisches Zusammenwirken. Die Bildung eines neuen Ministeriums wird noch heute erfolgen.“

Paris zeigt ein ruhiges Aussehen, die Proclamation Mac Mahons macht einen günstigen Eindruck. — Nachrichten aus den Departements melden, daß nirgends eine Störung der Ruhe erfolgte. — Über die Besetzung der Ministerposten verlautet, daß der Herzog von Broglie zum Minister des Innern, Magne zum Finanzminister, Ernouf zum Justizminister, Baillie zum Handelsminister, Désilligny zum Arbeitsminister, Dampierre zum Marineminister. Esch wird provisorisch das Kriegsministerium behalten, Pailler wäre zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Keratry zum Präfekt von Lyon bestimmt.

Mittags stieg die 5% Rente auf die 87, 80 gehandelt.

Paris, 25. Mai, Abends 7 Uhr. Das neue Ministerium ist dem Vernehmen nach also zusammengesetzt: Broglie Vicepräsident des Ministerraths- und Minister des Auswärtigen, Beulé Minister des Innern, Magne Finanzminister, Ernouf Justizminister, Baillie Unterstabsminister, Bouillerie Handelsminister, Désilligny Arbeitsminister, Dampierre, Marineminister. Esch würde provisorisch das Kriegsministerium behalten, Pailler wäre zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Keratry zum Präfekt von Lyon bestimmt.

Die 5proc. Rente stieg auf den Boulevards bis zu 89, 00; im Augenblick wird dieselbe zu 88, 80 gehandelt.

Paris, 25. Mai, Abends 7 Uhr. Das neue Ministerium ist dem Vernehmen nach also zusammengesetzt: Broglie Vicepräsident des Ministerraths- und Minister des Auswärtigen, Beulé Minister des Innern, Magne Finanzminister, Ernouf Justizminister, Baillie Unterstabsminister, Bouillerie Handelsminister, Désilligny Arbeitsminister, Dampierre, Marineminister. Esch würde provisorisch das Kriegsministerium behalten, Pailler wäre zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Keratry zum Präfekt von Lyon bestimmt.

Hier und in Versailles sind die Truppen zwar konsgnirt, aber es ist nicht das geringste Anzeichen irgend welcher Bewegung vorgekommen. Es herrscht vollkommenste Ruhe hier und in den Departements.

Die Regierung ist der Armee hier, in Lyon und Versailles vollkommen sicher. Eine heute abgeholtene Versammlung der gemäßigten Linken empfahl den republikanischen Blättern Ruhe, Mäßigung und Achtung vor dem Gesetz. Die conservativen Blätter zollen der Wahl Mac Mahon's Respekt. Die republikanischen Blätter nehmen die reservirteste Haltung ein. Die radikale Partei ist auf Repressionsregeln gesetzt.

Die französischen Gesandten in Athen und Bern demissionierten.

Paris, 25. Mai, Nachts 11½ Uhr. Fortdauernd vollständige Ruh. 5proc. Rente auf Boulevards 89, 50 gehandelt.

Bern, 24. Mai. Die Regierung des Kantons Tessin hat die angekündigten Sammlungen zu Gunsten der verfolgten Kirche bei einer Geldstrafe von 500 Frs. verboten.

Bern, 24. Mai. Der Regierungsrat hat seine Ermächtigung gegeben, daß mit den Arbeiten an der Jurabahn begonnen werden kann und ist die Constituierung der Jurassenbahngesellschaft definitiv vollendet. In der heutigen Versammlung des Verwaltungsraths der letzteren wurden Nationalrat Marti, Regierungsrat Tissot und Jules Grandjean in Neuenburg zu Directoren, und Guillaume Ducommun zum Directeursecretaire gewählt.

Rom, 24. Mai, Abends. Das Bestinden des Papstes hat sich so weit verbessert, daß derselbe heute einen Spaziergang in den Gärten des Vatikans machen konnte.

Haag, 24. Mai. Die zweite Kammer hat heute den für die Expedition gegen Aïchin geforderten Credit von 5½ Millionen mit allen gegen eine Stimme bewilligt. Der Minister für die Colonien zeigte an, es sei ihm inzwischen vom Generalgouverneur von Holländisch-Indien eine um zwei Tage später, als das bereits erwähnte Telegramm von Singapore dattirte telegraphische Nachricht zugegangen, in welcher auch nicht einmal das Gericht von einer Bewegung gegen Deli erwähnt werde.

Haag, 24. Mai. Bei der gestrigen Berathung des Geheimenwurfs über die Bewilligung eines Credits von 5½ Millionen zur Fortsetzung der Expedition gegen die Aïchinen richtete der Abgeordnete in der zweiten Kammer eine Anfrage an die Regierung, ob die vor Kurzem aus Singapore von privater Seite telegraphisch gemeldete Nachricht, daß 100,000 Battaks im Ambarak auf Delli (Ostposten von Sumatra) begründet sei. Der Minister für die Colonien, Transvaal von de Putte, erwiderte, daß er die Meldung weder bestätigen noch entkräften könne; zwei Tage, bevor das angegebene Telegramm eingetroffen sei, habe die Regierung eine Depesche erhalten, in der jenes Gerücht keine Erwähnung geschehen sei. Aus der amtlichen Correspondenz, welche über die Angelegenheit von Delli vorliege, lasse sich kein Grund entnehmen, der den Bewohnern zur Unzufriedenheit oder überhaupt zu Unruhen hätte Veranlassung geben können.

London, 24. Mai. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Viscount Enfield erklärte in der heutigen Sitzung des Unterhauses, die Regierung müsse es ablehnen, sich für die Verluste, welche britische Unterthanen durch die „Alabama“ und andere conföderate Schiffe erlitten hätten, verantwortlich zu erklären.

Athen, 23. Mai. Zum Präsidenten der Deputirtenkammer ist der ministerielle Candide Delinanni gewählt worden.

Provinzial-Bestellung.

+ Breslau, 26. Mai. [Hohe Gäste.] Am vorigen Sonnabend Abends 9 Uhr 24 Minuten langte mit dem Courierzuge der Oberschlesischen Eisenbahn Sr. Königliche Hoheit der Thronerbe von Belgien, Philipp, Graf von Flandern nebst seiner Gemahlin Marie, und großem Gefolge von Wien kommend, auf dem Centralbahnhofe hier an. Der Herr Polizeipräfekt Feilherr von Uslar-Gleichen und der Commandant, General-Major von Lindern hatten sich zur Begrüßung der hohen Gäste auf dem Perron eingefunden. In bereitstehenden Wagen begaben sich die Reisenden nach dem Heinemannschen „Hotel zur goldenen Gans“, wo dieselben Nachquartier nahmen,

* Dieser Bassus war uns in der im gestrigen Extrablatt veröffentlichten Depesche bis zur Verständlichkeit verständigt.

* Wir geben diese Correspondenz, obwohl manche darin enthaltenen Nachrichten durch die Ereignisse überholt sind, doch noch, weil sie zur Orientierung über die Lage der Dinge jedesfalls beiträgt. D. Red.

Fortschreitender des günstigen Winters kann man hoffen, daß die Ernte früher eintritt, als man vor kurzem erwartet durfte. Über den Stand der Saaten bleiben die Berichte aus unserer Nachbarschaft günstig, aus Ungarn dauernd aber die Klagen über Rost fort.

Weizen: Die Preise schlossen vergangenen wieder etwas stärker. Der Abzug nach auswärts fehlt noch fortwährend, auch die Steigerung der englischen Märkte ermöglicht den Export nach dort nicht, da unsere Preise zu hoch sind und man dort russischen und kalifornischen Weizen vorzugsweise nimmt. Bei den schwachen Zufuhren hat unser Lager jedoch sich nicht erheblich vergrößert.

Roggen: Die Preise befestigten sich schließlich wieder etwas in Folge der höheren Berliner Notirungen. Das Interesse der ersten Petersburger Zufuhren ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

In Sommergetreide seien Zufuhren und bei schwacher Nachfrage war das Geschäft unbedeutend.

Rübel verharrt in gedrückter Haltung. Die hiesigen Läger sowohl von Dörramen wie Öl sind erheblich größer, wie in früheren Jahren um diese Zeit, und da der Abzug nach wie vor sehr klein ist, so scheint es, als würden wir noch mit einem ziemlich großen Vorraum alter Ware in die neue Ernte-Saison treten.

Spiritus: Die Zufuhren sind auch jetzt noch bedeutender, als gleichzeitig im vorigen Jahre. Die Frage für das Inland ist ziemlich stark, aber unsere Bestände sind noch im Zunehmen.

B. Stettin 24. Mai. [Stettiner Börse] Weizen: regnig. Temperatur + 10° R. Barometer 27° 10". Wind: SW. — Weizen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco gelb. 56—86 Thlr. bez., pr. Mai 86 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 85% 1/2, % Thlr. bez., Br. u. Old., pr. Juli-August 85%, 85 Thlr. bez., pr. September-October 80%, 79% Thlr. bez., Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 53—58 Thlr. bez., pr. Mai 55 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 54%, % Thlr. bez., pr. Juni-Juli 54%, % Thlr. bez., pr. Juli-August 54%, % Thlr. bez., pr. September-October 54%, % Thlr. bez., pr. October-November 53% Thlr. bez. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 50—60 Thlr. bez. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 43—50 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 47% Thlr. Br. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 43—47 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 46 Thlr. nom. — Winterrüben pr. 2000 Pfd. pr. September-October 96%, 97% Thlr. bez. Rübel matt, pr. 200 Pfd. loco 22 Thlr. Br., pr. Mai-Juni 21% Thlr. bez., pr. September-October 22%, % Thlr. bez., Spiritus etwas niedriger, pr. 100 Liter à 100 Pf. loco ohne Jako 17%, % Thlr. bez., pr. Mai-Juni 17% Thlr. nom., pr. Juni-Juli 17%, % Thlr. bez., pr. Juli-August 18%, % Thlr. bez., pr. August-September 18% Thlr. bez., u. Old., pr. September-October 18% Thlr. Br., 18% Thlr. Old., pr. October-November 17% Thlr. Old. — Petroleum ied. 5% Thlr. Br., pr. September-October 5% Thlr. Br., 5% Thlr. Old., pr. October-November 5% Thlr. bez., pr. November-December 5% Thlr. bez.

Angemeldet: 1000 Cr. Weizen, 2000 Cr. Roggen, 20,000 Liter Spiritus. Requisitionsspreize: Weizen 86, Roggen 55, Rübel 21%, Spiritus 17%, Petroleum 5% Thlr.

Heutiger Landmarkt: Weizen pr. 25 Schfl. 66—86 Thlr., Roggen pr. 25 Schfl. 52—57 Thlr., Gerste pr. 25 Schfl. 46—54 Thlr., Hafer pr. 26 Schfl. 29—36 Thlr., Erbsen pr. 25 Schfl. 52—56 Thlr., Kartoffeln pr. 24 Schfl. 13—17 Thlr., Heu pr. Cr. 30—37% Sgr., Stroh pr. Schod 11 bis 13 Thlr.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wölfs Teleg.-Bureau.)

Paris, 24. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course] 3 proc. Rente 54, 85. Anleihe de 1871 86, 80. Anleihe de 1872 87, 85. Ital. 5 proc. Rente 62, 95. do. Tabaksaktion 803, 75. Franzosen (gestempelt) 752, 50. do. neue 750, 00. Oester. Nordwestbahn —, Lomb. Eisenbahn-Aktion 421, 25. do. Prioritäten 255, 75. Türk. de 1865 53, 80. do. de 1869 321, 00. Türkensloote 170, 00. Goldagio —. Bewegt.

Paris, 24. Mai. Auf Boulevards infolge Versailler Tagesboten über Ministerveränderung lebhafte Erregung. — Rente zu 86,35—87, 05, gehandelt.

London, 24. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Consols 93%. Italienische 5proc. Rente 61%. Lombarden 16%. 5proc. Russen de 1864 94. Silber 59%. Türk. Anleihe de 1865 52%. 5proc. Türk. de 1869 61%. 5proc. Türkens-Bonds 88%. 5proc. Verein. St. pro 1882 90%. Berlin —. Hamburg 3 Monat —. Frankfurt a. M. —. Wien —. Paris —. Petersburg —. Oester. Silberrente 65%. Oester. Papierrente 80%. Ruhig.

Frankfurt a. M., 24. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-

Statt besonderer Meldung.
Heute Nacht erlöste Gott nach langen Leiden unsern heissgeliebten Gatten und Vater

Adolf Friedrich von Brackel
im Alter von 62 Jahren.

Um stille Theilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Charlotte von Brackel,

geb. Lohse,

Elisabeth und Adolf von

Brackel. [6381]

Breslau, den 22. Mai 1873.

Stadt-Theater

Montag, den 26. Mai. "Ein Africain-Neidender." Blauderei in 1 Akt von Emile de Rojac, deutsch von A. Winter. "Endlich hat er es doch gut gemacht." Lustspiel in 3 Akten von Albin.

Dienstag, den 27. Mai. Vorlebtestes Gaftspiel des Fr. Minnie Haud, vom L. Hofoperetheater in Wien.

"Die Hochzeit des Figaro." Komische Oper in 4 Akten. Uthil von Mozart. (Graf Almaviva, Herr Robinson; die Gräfin, Frau Robinson; Susanne, Fr. Minnie Haud; Figaro, Fr. Niederer a. G.; Cherubin, Fr. Steinher; Bartolo, Fr. Pravitt; Marzelline, Fräulein Weber-Kulula.)

Lobe-Theater.

Montag, den 26. Mai. Abschieds-Vorstellung des Herrn Julius Zaffke. Auf Verlangen: "Zartfüsse." Der Better."

Lieblich's Etablissement:

Heute

Concert

der Breslauer Concert-Kapelle

Anfang 7 Uhr: [6378]

Entrée: Herren 2½ Sgr., Damen 1 Sgr., Kinder ½ Sgr.

Louis Lüstner, Director.

A. Weberbauer's Brauerei.

Heute Montag, den 26. Mai

Großes Concert.

Entree à Person 1 Sgr. Kinder ½ Sgr.

Ein renommiertes Fabrikgeschäft in der Provinz sucht zum 1. Juli d. J. einen tüchtigen [6310]

Buchhalter.

Salair 400 Thlr. neben freier Wohnung. Gef. Offerenten sub R. 1704 befordernt die Annoncen-Expedition von Rudolf Wosse in Berlin.

Ein Brauer

mit guten Zeugnissen findet sofort Stellung bei Ignaz Altmann in Beuthen O.S. [2132]

Ignaz Altmann in Beuthen O.S.

Course.] Lond. Wechsel 117%. Pariser do. 92. Wiener do. 104%. Franzosen*) 340. Hess. Ludwigsbahn 164%. Böhmisches Westbahn 232. Lombarden*) 193. Galizier 223%. Elisabethbahn 247%. Nordwestb. 220. Oregon 28%. Creditactien*) 296%. Russ. Bodencredit 89%. Russen 1872 91. Silberrente 64%. Papierrente 60%. 1860er Koste 92. 1864er Koste 169%. Raab-Grazer 79%. Amerikaner de 82 95%. Darmst. Bank 430. Deutsh.-Öster. Bank 107. Prov.-Disconto-Gesellschaft 141%. Brüsseler Bank 105%. Berliner Bankverein 121%. Frank. Bankverein 126%. do. Wechslerbank 89%. Nationalbank 1003. Meiningen Bank 192%. Schles. Bank 221. Hahn Effectenbank 124%. Continental 109.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 118.

Sehr schwankend, Anfang sehr matt wegen Beschränkung für die Berliner Ultimoregulierung, Schluss sehr fest und wesentlich höher auf Grund der eingetroffenen Berliner Course. Geld abundant.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 298. Franzosen 340%. Lombarden 192%. Silberrente —. Darmstädter Bankaktion —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 24. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95%. Creditact. 300%. 1860er Koste 92. Franzosen —. Staatsbahn 343%. Lombard. 195%. Galizier 223%. Silberrente 64%. Papierrente —. Nationalbank 1006. Frankfurter Bankverein —. Deutsh.-Öster. Bank 108. Hahn'sche Effectenbank 124%. Nordwestbahn —. Bankaktion —. Elisabethbahn —.

Dresden, 24. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 169. Lomb. 110. Silberrente 64%. Sachsisches Creditbank 102%. Sachsischer Bank (alte) 147. do. (junge) 140. Leipziger Credit 171%. Dresdenner Bank 95. Dresdenner Wechslerbank 101%. Dresdenner Handelsbank 78%. Sachsischer Bankverein 88. Oester. Notes 90%. Lauchhammer —. Markt.

Hamburg, 24. Mai, Nachm. [Schluß-Course] 1. Lomb. Staats-Prior. A. 102. Oester. Silber-Rente 64%. Credit-Actien 249% & 55%. do. 1860er Koste 92%. Nordwestb. —. Franzosen 725 à 30. Raab-Grazer —. Lombarden 409 à 15. Ital. Rente 60. Bergisch-Märkische —. Köln-Eisen-St.-Actien —. Vereinsbank 122. Hahn —. Laurahütte 233. Commerzbank 106. Norddeutsche Bank 162%. Prov. Disc.-Bank 140. Anglo-Deutsche Bank 89. do. neue 89%. Dän. Landbank 100. Dortmunder Union 143. Wien. Union 150. 64er Russ. Pr. A. 66er Russ. Pr. Brier. A. —. Amerikaner de 1882 90%. Disconto 6%. Internationale Bank —. Oester. Staatsbahn —. Anfangs matt, Schluß nach lebhaften Umsätzen recht fest.

Hamburg, 24. Mai. [Getreidemarkt] Weizen und Roggen loco fest, aber ruhig. Weizen auf Lermine fest, Roggen auf Lermine steigend. Weizen pr. Mai 268 Br., 267 G., pr. Mai-Juni 126 Pfd. pr. 1000 Kilo netto 258% Br., 257% Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 253 Br., 252 Gd. pr. September-October 126 Pfd. pr. 1000 Kilo netto 242% Br., 241% Gd. Roggen pr. Mai 1000 Kilo netto 172 Br., 171 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 172 Br., 171 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 172 Br., 171 Gd., pr. Septbr.-Octbr. 1000 Kilo netto 170 Br., 169 Gd. Hafer und Gerste fest, aber ruhig. Rübel still, loco 34, pr. Mai 22%, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 71. Spiritus fest, pr. Mai 100 Liter 100% 42%, pr. August-September 46%, pr. Septbr.-October 46. Kartoffeln fester, Umsatz 4000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 16, 25 Br., 16, 10 Gd., pr. Mai 16, 10 Gd., pr. August-December 16, 80 Gd. Wetter: Windig.

Hamburg, 24. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse] Oester. Silberrente 64%. Oester. Creditactien 253%. Franzosen 729. Lombarden 413%. Italiener 60. Norddeutsche Bank 162%. Rhein. Bank 138%. Köln-Mindner 143. Bergisch-Märk. 106. Laurahütte 233. Dortmunder Union 144%. Internationale Bank 106%. Amerikaner 90%. Nordwestbahn —. Oester. Staatsbahn —. Hamburger Commerz- und Disconto-Bank —. Eisenbahn-St.-Actien —. Ziernlich fest, jedoch still.

Liverpool, 24. Mai, Nachmittags. [Baumwolle] (Anfangsbericht.) Mühlmäßiger Umsatz 12,000 B. Zell. Tages-Import 23,000 Ballen, davon 8000 B. amerikanische, — B. ostindische.

Liverpool, 24. Mai, Nachm. [Baumwolle] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Zell.

Midd. Orleans 9%, midd. amerikanische 8%, fair Dhollerah 6%, midd. fair Dhollerah 5%, good midd. Dhollerah 4%, midd. Dhollerah 4, fair Bengal —, fair Broach — new fair Domra 6%, good fair Domra 6%, fair Madras —, fair Pernam 9%, fair Smyrna 7, fair Egypt 9%.

Newyork, 24. Mai, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course] Wechsel auf London in Gold 108%. Gold-Agio 18%. %jähriger Bonds de 1885 118%. do. neue 115%, do. de 1865 121%. Illinois 116. Erie-Bahn 63%. Baumwolle 19%. Mehl 7, 45. Raffiniertes Petroleum in Newyork 19%.

Bis Dienstag den 27. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, bin ich hier anwesend, worauf ich wiederholte alle Koff-, Magen-, Blut-, Nerven- und Hämorrhoidal-Leidende auf die berühmten Wipprecht'schen Tropfen aufmerksam mache. Dr. Lorie, Juniperstraße 27, 1. Etage.

Unsere Bureau befinden sich von heute ab in unserem Hause, Ring Nr. 19.

Gleiwitz, den 26. Mai 1873.

Filiale der Breslauer Wechslerbank

(vormals Emanuel Fraenkel).

Koffer und Taschen

sowie sämtliche Reiseutensilien

empfiehlt

Löwy's Lederwaarenfabrik

36. Schweidnitzerstr. 36. gold. Krone 36.

Von Lager meiner so beliebten Schnupftabake empfiehlt ich besonders:

Au grand Cardinal, à Pfd. 25 Sgr.,

Rapé de Francs, à Pfd. 20 Sgr.,

Rapé de Paris, à Pfd. 10 Sgr.

H. R. Leyfer's Nachf. (Ernst Obst),

Schmiedebrücke Nr. 64.65. [5120]

von Grimaud & Co.

Apotheker in Paris.

Die Wirklichkeit dieses Medicaments hat ihm die

Genehmigung der „Academie de médecine“ von Paris verschafft. Ein einziges Pulver in einem Glas Zuckerwasser aufgelöst, genügt, um sofort die

heftigste Migräne zu heben oder die Folgen einer Kolik oder Diarrhoe zu

zu befreien. Dieses Heilmittel wird verkauft in Schachtel à 12 Pulver.

Um die vielen Nachahmungen zu vermeiden, beliebe man die Etiquette

Grimaud & Co., zu verlangen.

Depot: in Leipzig bei Gustav Triepel und in allen Hauptapothen.